

PARLAMENT

Einstürzende Neubauten

Bundesbauminister Peter Ramsauer (CSU) macht Front gegen das geplante neue Besucherzentrum des Bundestags. Die Kosten des Projekts belaufen sich ersten Berechnungen seines Ressorts zufolge auf 200 Millionen Euro. Ramsauer glaubt, der Bau werde noch teurer, und kalkuliert mit einer halben Milliarde Euro. „Da muss ich dann einfach sagen, das geht nicht“, zitieren Teilnehmer den Minister aus einer internen Sitzung. Das Besucherzentrum mit Restaurant, Filmräumen, Bundestag-Shop und Kinderbereich soll nach dem Willen der Baukommission des Ältestenrats das derzeitige Provisorium vor der Westseite des Parlaments ersetzen. Seit den Terrordrohungen vom Herbst 2010 findet die Sicherheitskontrolle nicht mehr im Reichstag, sondern in einem Containerdorf statt. Um die Sicht auf das Hohe Haus nicht zu stören, soll das Besucherzentrum, das bis zu 1500 Menschen gleichzeitig Platz bieten soll, unter die Erde vor dem Reichstag verlegt werden. Probleme gibt es allerdings nicht nur finanzieller Art. Bei einem Treffen mit Ramsauer am Mittwoch vor zwei Wochen legten



Provisorisches Besucherzentrum am Reichstagsgebäude

Experten des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung eine Liste mit Risiken vor. Neben Grundwasserproblemen wird es unter der Wiese vor dem Parlament schlicht zu eng – dort verlaufen die Trasse der sogenannten

Kanzler-U-Bahn und zahlreiche Versorgungsleitungen. Zudem müsste das fast 120 Jahre alte Reichstagsgebäude aufwendig abgestützt werden, um ein Absacken der Westfassade zu verhindern.

CSU

Seehofer will Hasselfeldt

Gerda Hasselfeldt, Chefin der CSU-Landesgruppe, soll die Liste der Christsozialen bei der Bundestagswahl im Herbst 2013 anführen. Dies will CSU-Chef Horst Seehofer seiner Partei diese Woche bei einer Klausur im fränkischen Kloster Banz vorschlagen. Hasselfeldt hat als CSU-Landesgruppenchefin das erste Zugriffsrecht auf die Spitzenposition im Bund, weil Seehofer als Parteichef Ministerpräsident in Bayern bleiben will. In der Vergangenheit waren wiederholt Zweifel aufgekommen, ob Hasselfeldt, die in Berlin eher im Hintergrund agiert, als Zugpferd geeignet ist. Seehofer

setzt jedoch darauf, dass die Bundestagswahl für die CSU ohnehin durch eine andere Frau entschieden wird – Kanzlerin Angela Merkel. Vor allem aber hat Seehofer kaum eine Alternative, da Bundesagrarministerin Ilse Aigner auf dem Sprung nach München ist und damit für die Spitzenkandidatur in Berlin nicht zur Verfügung steht.



Hasselfeldt

MAURICE WEISS / OSTKREUZ

CDU

Merkel warnt vor Großer Koalition

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat ihre Partei vor einer Debatte über eine Große Koalition nach der Bundestagswahl 2013 gewarnt. Es schade der Union, wenn sie vor der Wahl darüber spekuliere, sagte Merkel laut Teilnehmerangaben am vergangenen Montag im CDU-Präsidium. Merkel bezog sich damit auf Äußerungen von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen, die zuvor öffentlich die Gemeinsamkeiten mit dem Rentenkonzept der SPD herausgestrichen hatte. „Niemand bereitet Große Koalitionen vor“, sagte die Bundeskanzlerin. Sie sei in der jetzigen Situation mit der FDP „sehr glücklich“.

KATHOLIKEN

Missbrauch in der Beichte?

Missbrauchsoffer werfen der katholischen Kirche im Bistum Limburg mangelnde Aufklärung im Fall des verstorbenen Leiters des St. Vincenzstiftes bei Rüdesheim, Rudolf Müller, vor. Ein dazu bereits seit 2010 vorliegender interner Ermittlungsbericht spricht von übereinstimmenden Aussagen über vollzogene oder versuchte Vergewaltigung sogar während der Beichtsituation; es gebe „keine Zweifel an den Missbrauchshandlungen durch Müller“. Erste Hinweise auf dessen mutmaßliches unsittliches Vorgehen einer jungen Frau gegenüber, die in der Zentralküche des Heims arbeitete, wurden bereits 1970 durch eine Unterschriftenaktion mit Vorwürfen gegen den Priester laut. In den Akten des Ordinariats existiert eine Notiz der Personalabteilung vom 4. September 1970 über diese Vorwürfe. Müller schrieb damals verzweifelte Briefe, in denen er Mädchen aufforderte, über das Geschehen zu schweigen. Möglicherweise aus Angst vor Enttarnung beging er wenige Tage später Selbstmord. Der heutige Limburger Generalvikar Franz Kaspar wurde kurz darauf sein Nachfolger, fiel aber nicht durch eine offene Aufklärung des Falls auf. Das Stift



Limburger Dom

ging 1981 mit Hilfe von Anwälten gegen ein Buch mit Gewaltvorwürfen des Ex-Heimbewohners Alexander Homes vor. Der musste darauf hinweisen, es handle sich nicht um eine Dokumentation, sondern um literarische Verfremdung. Weil er „keine belastbaren Vorwürfe“ gegen seinen Vorgänger sah, ließ Kaspar 2006 zur Empörung der Opfer zu, dass ein neues Wohnhaus im Stift bis 2010 „Rudolf-Müller-Haus“ hieß. Ex-Heimbewohner Homes kritisiert in seinem neu erscheinenden und aktualisierten Buch „Prügel vom lieben Gott“, dass das Verhalten des Bistums ihm und anderen Opfern lebenslang geschadet habe.

FORSCHUNGSPOLITIK

Initiative geplatzt

Pläne von Bildungsministerin Annette Schavan (CDU), die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bei Wissenschaftsprojekten zu erleichtern, stehen vor dem Aus. Die SPD-geführten Länder haben sich darauf geeinigt, am kommenden Freitag im Bundesrat das schwarz-gelbe Vorhaben zur Lockerung des sogenannten Kooperationsverbots abzulehnen. Mit einem Nein wäre Schavans Initiative geplatzt, mit der Hochschuleinrichtungen von überregionaler Bedeutung auch langfristig vom Bund unterstützt werden dürften. Die SPD lehnt die Gesetzesänderung ab, weil sie sich lediglich auf den Wissenschaftsbereich beschränkt. Es sei außerdem „erforderlich, den Bildungsbereich jenseits der Hochschulen zu unterstützen“, sagt Hamburgs Wissenschaftssenatorin Dorothee Stapelfeldt.



Schavan

NSU

Staatsfeind in Uniform

In der Affäre um Behördenpannen bei den Ermittlungen zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) kommen neue Details ans Licht; Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) gerät dadurch in Bedrängnis. Am vorigen Freitag musste Henkel einräumen, dass er bereits seit März von der V-Mann-Tätigkeit eines früheren Neonazis für sein Landeskriminalamt (LKA) wusste. Der aus Sachsen stammende Thomas S. wird heute als Terrorhelfer der NSU-Zelle beschuldigt. Er wurde von Ende 2000 bis Anfang 2011 vom Berliner LKA als Quelle geführt. Während dieser Zeit berichtete er über die rechte Musikszene, die Nazi-Truppe „Hammerskins“, Hooligans und über die sogenannten Freien Kräfte. Zudem gab er mindestens fünf Hinweise auf das 1998 untergetauchte Neonazi-Trio Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe und des-

sen Umfeld. Vor seiner Anwerbung hatte S. rund ein Kilo TNT für Mundlos beschafft (SPIEGEL 34/2012). Nach dem Aufliegen des NSU wurde im Januar ein Ermittlungsverfahren gegen Thomas S. eingeleitet. Es sollte jedoch fast zwei Monate dauern, bis das Berliner LKA der Karlsruher Bundesanwaltschaft die Kooperation mit dem mutmaßlichen Terrorhelfer beichtete.



Mundlos-Truppenausweis der Bundeswehr

Erst nach einer konkreten Anfrage des Bundeskriminalamts zu S. machte das LKA am 9. März bei Henkel Meldung. Elf Tage später flogen dann die Polizei-Vizepräsidentin, ihr LKA-Chef und sein Staatsschutzleiter zum Rapport nach Karlsruhe. Auch dem NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags, der sich am 1. März ebenfalls nach Thomas S. erkundigt hatte, gab Hen-

kels Innenbehörde zunächst keine Auskunft. Das Parlamentsgremium erfuhr erst über die Bundesanwaltschaft, dass S. V-Mann war. Neue Fragen zur Arbeit des Militärgheimdienstes MAD werfen indes Akten aus der Bundeswehrzeit des späteren NSU-Terroristen Mundlos auf. Obwohl dessen Vorgesetzte bereits im August 1994 von der Polizei über rechtsextreme Straftaten des Rekruten informiert wurden, blieb der MAD nach Aktenlage monatelang untätig.